

MUMM

DOKU



2/2005

Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Über 11.000 setzen ein Zeichen: Jetzt reicht's!



Eine Dokumentation der gemeinsamen Personalversammlung
am 28. Juni 2005 in der Stadthalle Bremen

Wenn wir alle Bilder und Texte...

...von der gemeinsamen Personalversammlung in diese **MUMM** aufgenommen hätten, wäre sie ein dickes Buch geworden. Leider hat alles seine Grenzen, deswegen mussten wir kürzen; schade - viele richtige Sätze und gute Bilder bleiben im Archiv. So heißt der Mix aus Text und Bildern auch nicht „**MUMM**-Dokumentation“ sondern kurz und knapp „**MUMM**-DOKU“. Die Langfassung der Reden kann man demnächst abrufen im www.infosys.intra.

Wir danken allen Fotografinnen und Fotografen, die uns ihre Bilder zur Verfügung gestellt haben. Das sind Thomas Haspers, Winfried Noske, Kirstin Borrmann, Harry Krüger, Halit Sahin, Günter Wesemann, Eberhard Röttgers, Onno Halfter, Volker Marschhausen, Dietlind Seidler, Gabi Focke und Manfred Silberzahn. Wir wollen auch eine kleine Video-Dokumentation erstellen, aber das kann noch etwas dauern, da bitten wir um Geduld. Wir wünschen uns, dass ihr an unserem Heft Freude habt.

Eure **MUMM**macherInnen

MUMM

Herausgeber:
Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadt-
gemeinde Bremen
Knochenhauerstr. 20/25, 28195 Bremen

Presserechtlich verantwortlich:

Edmund Mevissen,
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats

Redaktionsteam:

Peter Garrelmann, Irmtrud Gläser, Elke Kosmal-
Vöge, Bernd Krause, Burkhard Winsemann und
Yasmina Wöbbekind
Telefon: 361-2215
Telefax: 496-2215
E-Mail: mumm@gpr.bremen.de
Druck: Druckerei Senator für Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint
im Januar 2006
Redaktionsschluss ist Mitte Dezember 2005

Kommentar

Edmund Mevissen: Der Senat ist gefordert 3

Fotos

Bilder vor der Personalversammlung 4

Eröffnung

Die Halle ist voll! 5
...und es ward Licht 5

Rede Edmund Mevissen

Es reicht mit der Politik auf unsere Kosten! 6

Rede Willi Hinners

Beschäftigte fassungslos über Sparbeschlüsse 8

Rede Rolf Becker

Was ist unanständig? 9

Rede Heidi Adler

Wir sind nicht nur ein Kostenfaktor! 10

Rede Marina Harmeyer

Zusammenlegung, Trennung, Zusammenlegung, Privatisierung 11

Kabarett

Die Erzengel: ...retten können wir euch auch nicht mehr 12

Rede Winfried Noske

Wer an der Einnahmeverwaltung spart, spart Einnahmen 13

Fotos

Bilder aus der Personalversammlung 14

Rede Rainer Müller/Sonja Buchwald

Wer sich nicht wehrt, hat aufgegeben 16
Gleiches Geld für gleiche Arbeit 17

Rede Dr. Henning Scherf

Der Präsident des Senats im Wortlaut 18

Rede Frank Bsirske

Bremen übernehmen Sie! 20

Fotos

Bilder aus der Personalversammlung 23

Wertung und Schlussfolgerung

Resolution einstimmig beschlossen! 24
Entschließung der gemeinsamen Personalversammlung 25

Pressestimmen

Überregionale Beachtung 26

Fotos

Bilder nach der Personalversammlung 28

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

ein eindeutiges Signal der Solidarität und des Protestes ist von unserer gemeinsamen Personalversammlung am 28. Juni 2005 in der Stadthalle ausgegangen.

Wir alle - rund 11.000 Menschen - haben mit unserer Teilnahme und unserem Engagement zu einer beeindruckenden und machtvollen Versammlung beigetragen! Ich finde das sehr ermutigend.

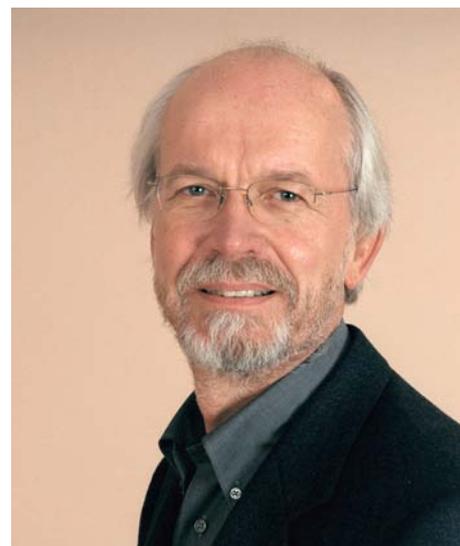
Auch die Presse, die z.T. im Vorfeld unsere Personalversammlung deutlich attackiert hat, hat unsere Veranstaltung positiv gewürdigt.

Ich danke all jenen, die Notdienste für Bürgerinnen und Bürger geleistet haben und deshalb nicht dabei sein konnten.

Wir werden jetzt gemeinsam mit den örtlichen Interessenvertretungen und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die nächsten Schritte beraten, um nachdrücklich auf die Umsetzung unserer EntschlieÙung vom 28.6.2005 zu drängen.

Auch wenn die Sommerferien und die bevorstehende Bundestagswahl die Behandlung der Sachthemen in der Bundes- und auch in der bremischen Politik gebremst haben, bereiten wir derzeit Gespräche mit dem Senat zu unseren gemeinsamen Forderungen vor. Die bisherige Politik gegen die Interessen der Beschäftigten muss beendet werden.

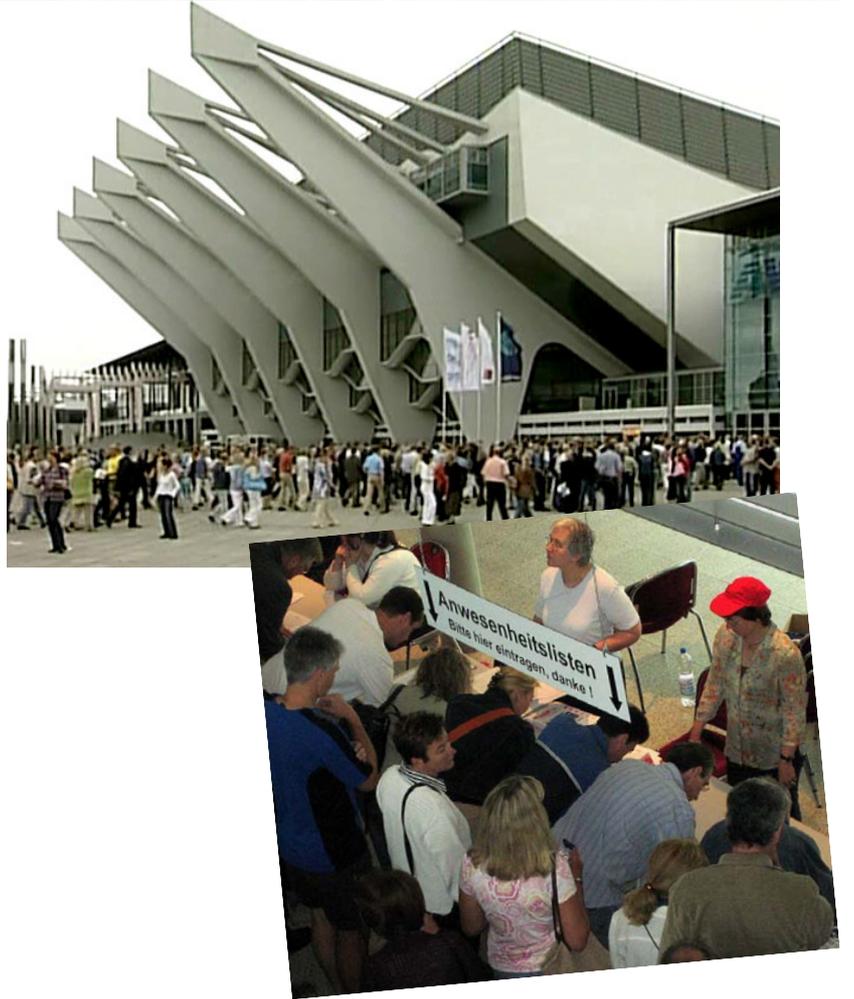
Der Senat ist gefordert, auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bremen zuzugehen.



Mit kollegialen Grüßen

Bernd J.





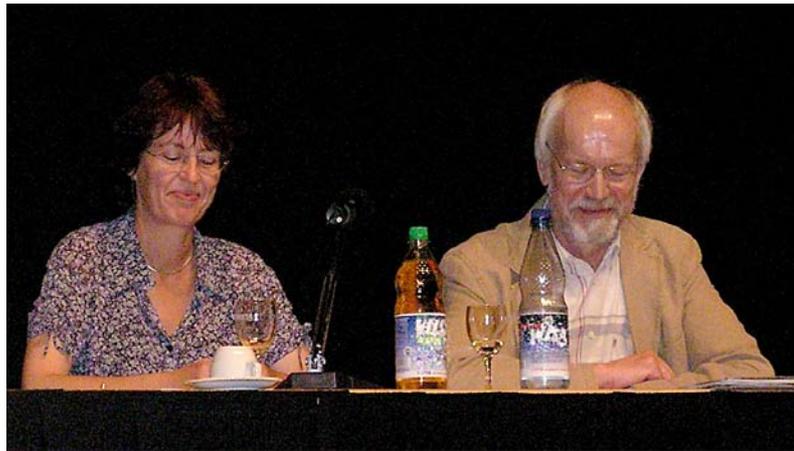
Die Halle ist voll!

Begrüßung durch Edmund Mevissen

„Es ist toll! - Die ganze Stadthalle ist voll!“ Mit diesen Worten begrüßte Edmund Mevissen die über 11.000 Kolleginnen und Kollegen, die zur gemeinsamen Personalversammlung gekommen waren.

Als Vorsitzender des Gesamtpersonalrats eröffnete er die Versammlung auch im Namen der örtlichen Personalräte sowie weiterer Betriebs- und Personalräte von ausgegliederten Einrichtungen. Mit ihrer Beteiligung zeigten die Kolleginnen und Kollegen aus den ausgegliederten Bereichen, dass sie Seite an Seite mit dem öffentlichen Dienst stehen und sich gegen die Politik der Großen Koalition wehren.

Nach zwanzig Jahren sei es vor dem Hintergrund der Koalitionsbeschlüsse wieder notwendig geworden, sich in der Stadthalle zu versammeln. Er sei sicher, dass die BürgerInnen in dieser Ausnahmesituation Verständnis für eine solche Veranstaltung haben. Und die große Beteiligung zeige, dass die Kolleginnen und Kollegen die Politik der Großen Koalition nicht hinnehmen. „Wir sind nicht resigniert, wir wehren



Freude über die volle Stadthalle: Doris Hülsmeier und Edmund Mevissen

uns!“, fügte er hinzu.

Besonders begrüßte Edmund Mevissen die beiden Gastredner, den ver.di-Bundesvorsitzenden Frank Bsirske und den Präsidenten des Senats, Bürgermeister Dr. Henning Scherf, dem er dankte, dass er sich der Versammlung stellt.

Anschließend übergab Edmund Mevissen das Wort an Doris Hülsmeier, die weiter durch die Versammlung führte.

Burkhard Winsemann

...und es ward Licht

Doris Hülsmeier moderiert die Versammlung

...und es ward Licht. Durch einen einzigen Satz brachte Doris Hülsmeier die Erleuchtung. Für Augenblicke war die Halle hell und alle konnten sich im Lichte sehen. Wenn alle Wünsche so leicht zu erfüllen wären.

Ihre Aufgabe war ansonsten nicht so einfach - durch die Versammlung führen und die Beiträge der nachfolgenden RednerInnen inhaltsbezogen ankündigen:

„Immer schamloser werden die Zugriffe auf unser Einkommen und auf unsere Arbeitsbedingungen. Deswegen ja auch die Botschaft aus den Dienststellen von den Kolleginnen und Kollegen: Jetzt reicht's. Es geht nicht mehr.

Und das ist das, was uns heute auf dieser Versammlung zusammenführt.

Und was uns auch noch zusammenführt, das ist diese beeindruckende Vielfalt, 11.000 Menschen sind hier in diesem Raum. Überlegt euch mal, aus welchen Bereichen wir alle kommen. Wir kommen aus ganz verschiedenen Tätigkeitsfeldern, wir haben sehr unterschiedliche Qualifikationen. Aber was uns gemeinsam ist, das ist, dass wir für die Bürgerinnen und Bürger da sind. Unsere Aufgabe ist es, uns um das Gemeinwesen zu kümmern.

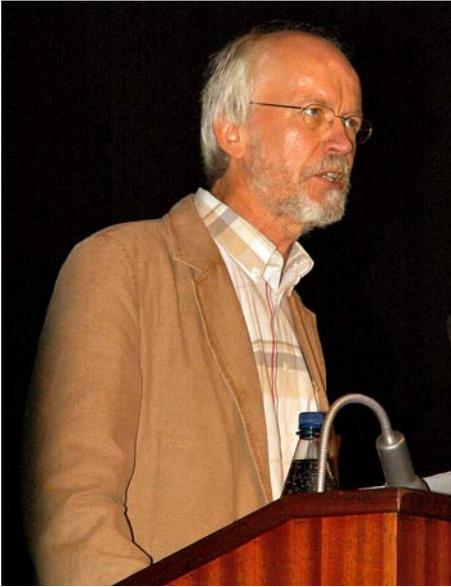
Wir sind Beamtinnen und Beamte, Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellte. Wir sind alle betroffen von der

Kürzungspolitik. Den Beamtinnen und Beamten werden per Gesetzeskraft ihre Einkommen reduziert, die Angestellten kriegen den Tarifvertrag öffentlicher Dienst nicht, und die Arbeiterinnen und Arbeiter werden ständig und stark von Privatisierungen bedroht. Ich finde es ganz klasse, dass wir hier alle versammelt sind und alle unseren Protest kundtun.

Und ich hoffe auch, dass diese Veranstaltung heute einen Blick ermöglicht über den Tellerrand, und dass wir alle auch ein Gefühl von Gemeinsamkeit und Solidarität miteinander hier erfahren.“

Burkhard Winsemann

Es reicht mit der Politik auf unsere Kosten!



Edmund Mevissen: „Mit uns geht das nicht, Herr Scherf!“

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir sind hier, um Henning Scherf und der Großen Koalition deutlich zu machen: Jetzt reicht! Wir sind nicht die Sparschweine des Landes!

Seit Jahren folgt eine Kürzungsrunde bei den Personalausgaben der nächsten. Der Senator für Finanzen stellt fest, dass Bremen Spitze ist: Zwischen 1993 und 2003 hat der Senat mehr Personalkosten gestrichen als alle anderen Bundesländer. Na fabelhaft!

Bremen hat inzwischen die geringste Personalausgabenquote aller Bundesländer. 17 % Personal wurde abgebaut. Das heißt, in zehn Jahren wurden rund 5.700 Arbeitsplätze vernichtet!

Die Folgen sind eine Verschlechterung von Leistungen und des Service für die Bevölkerung. Weitere Folgen sind wachsender Arbeitsdruck und immer schlechtere Arbeitsbedingungen. Viele Kolleginnen und Kollegen haben daher gesundheitliche Probleme.

In weiten Bereichen des öffentlichen Dienstes bedeutet der Personalabbau Einstellungsstopp über viele viele Jahre ohne Einstellungschancen für junge Leute. Unser Altersdurchschnitt liegt inzwischen über 47 Jahre.

Doch damit nicht genug: Die dramatischen Stellenstreichungen gehen weiter. Auch die Bereiche, die bisher von der PEP-Quote ausgenommen waren, sind jetzt betroffen. Das gilt u.a. für den Justizvollzug, die Feuerwehr, die LehrerInnen, die Polizei und die Kitas.

Auf der einen Seite steigen die Belastungen, auf der anderen Seite greift uns der Senat auch noch in die Taschen!

Die Beamtinnen und Beamten müssen radikale Kürzungen hinnehmen. Bei Neueinstellungen und Höhergruppierungen werden Verschlechterungen wie bei den Beamtinnen und Beamten durchgezogen. Die Auszubildenden werden durch Tarifflicht um 1/3 schlechter bezahlt!

Der Senat verlangt Sonderopfer von

den Beschäftigten - er nennt das Solidarpakt. Zur Durchsetzung wurden sogar betriebsbedingte Kündigungen angedroht. Aber die Gewerkschaften machen da nicht mit, und das ist gut so!

Der Senat weigert sich, für die Angestellten den neuen Flächentarifvertrag (TVöD) mit Bund und Kommunen zu übernehmen. Und das, obwohl der Tarifvertrag von allen Seiten als sehr moderat eingeschätzt wird.

Die Arbeitgeber behandeln uns seit Jahren nur noch als Kostenfaktor - damit muss Schluss sein! Wir haben unseren Beitrag mehr als geleistet.

Wir fordern den Senat auf: Übernimmt endlich den TVöD auch für die Angestellten und überträgt ihn wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten!

Allen in Bremen ist längst klar: Eine Haushaltssanierung aus eigener Kraft wird es nicht geben! Also brauchen wir einen Politikwechsel. Bremen hat ein Einnahmeproblem, denn die Finanzierung der notwendigen öffentlichen Dienstleistungen ist nicht mehr gewährleistet.

Initiativen sind überfällig. Öffentliche Dienstleistungen müssen finanziert werden können durch eine gerechte Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Auch die Reichen und die Unternehmen müssen ihren Beitrag leisten.

Öffentliche Dienstleistungen müssen finanziert werden können durch einen verbesserten Steuervollzug und durch einen angemessenen Länderfinanzausgleich.

Natürlich haben die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch darauf, dass mit ihren Steuern sorgfältig umgegangen wird. Da erstaunt es schon, wie leichtfertig manche Investition vom Bremer Senat vergeben wurde. Das Musical lässt grüßen, und die Space-Park-Geschichte treibt immer neue Blüten.

Der Senat hat offenbar immer mehr das Interesse an der Gestaltung der Verwaltung verloren und setzt auf

Privatisierungsideologien. Aber: Bei Privatisierungen sind Steuerung und demokratische Kontrolle nicht mehr gewährleistet, und die Kostenentwicklung gerät aus dem Ruder.

Öffentliche Aufgaben gehören in öffentliche Hände. Wir fordern eine kritische Überprüfung bisheriger und den Verzicht auf weitere Privatisierungen.

Auch die Fort- und Weiterbildung wird vom Senat in Frage gestellt. Dabei muss doch klar sein: Für gut geschultes Personal und eine effektive Personalentwicklung darf man die interne Fortbildung nicht aus der Hand geben. Wer auf interne Fortbildung verzichtet, gefährdet die Qualität unserer Dienstleistungen.

Statt auf das Wissen und die Erfahrungen der Beschäftigten zu setzen und ihre Motivation zu stärken, werden jetzt ihre Mitbestimmungsrechte angegriffen. Nach der Koalitionsvereinba-

9. März 2005 wurden die Koalitionsbeschlüsse heftig kritisiert. Da hat uns Bürgermeister Scherf von seinem Kollegen Wowereit aus Berlin erzählt: Der erziele Erfolge bei den Wählerinnen und Wählern, weil er Beschäftigte gegen die Bürgerinnen und Bürger ausspielt!

Was sind das für Politiker, die sich solche Strategien ausdenken! Ich kann nicht glauben, dass das in Bremen möglich ist. Aber die Drohung war unüberhörbar! Mit uns geht das nicht, Herr Scherf!

Noch einmal: Die Beschäftigten sind nicht Schuld an der Haushaltsmisere. Die Verantwortung tragen die Politiker. Sie entscheiden über die Höhe der Einnahmen.

Gute öffentliche Dienstleistungen sind notwendig für ein soziales und lebenswertes Bremen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Aber sie ha-

Jetzt reicht's !

Gute öffentliche Dienstleistungen zum Wohle der Bürger/-innen haben ihren Preis

ung 2003 wurde von der SPD als großer Erfolg verkauft, dass das Personalvertretungsgesetz nicht geändert wird. Trotzdem beschließt die Koalition im März, die Mitbestimmungsrechte einzuschränken: weniger Freistellungen und eine restriktive Auslegung des Gesetzes durch den Senat.

Mitbestimmung ist in Bremen ein durch Volksentscheid garantiertes Verfassungsrecht. Das PVG hat sich bewährt. Es garantiert die demokratischen Rechte der Beschäftigten gegen Willkürentscheidungen der Arbeitgeber.

Deshalb: Hände weg von der Mitbestimmung!

Auf der Personalrätekonferenz am

ben ihren Preis!

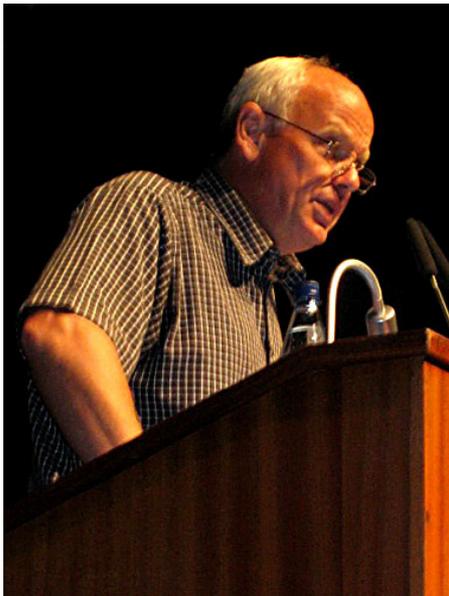
Wir fordern eine angemessene Bezahlung, Arbeitsplatzsicherheit und gute Arbeitsbedingungen.

Und nicht zuletzt: Wir erwarten Anerkennung und Wertschätzung für unsere Arbeit

Vielen Dank.

Edmund Mevissen, Vorsitzender
Gesamtpersonalrat

Beschäftigte fassungslos über Sparbeschlüsse



Willi Hinners prangert unglaubliche Ungerechtigkeit an

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von den Beschäftigten der Polizei weiß ich es, aber ich denke, alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind fassungslos über die Sparbeschlüsse des Koalitionsausschusses.

Der Koalitionsausschuss hatte zunächst beschlossen, in den Jahren 2005, 2006 und 2007 nur einen kleinen Teil der in der Ausbildung befindlichen Polizeianwärter von der HföV zu übernehmen und den Rest zu entlassen.

Dieser unglaublich unsoziale Beschluss wurde, nachdem der Personalrat die Konsequenzen aufgezeigt hatte, wieder aufgehoben. Die Herrenrunde hatte weiter beschlossen, die Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand für Polizeivollzugsbeamte schon ab 1.7.2005 dahingehend zu verändern, dass Beamte des gehobenen Dienstes bis zum 63. Lebensjahr und des höheren Dienstes bis zum 65. Lebensjahr Dienst verrichten müssen.

Herr Bürgermeister, obwohl
-der Polizeidienst immer stressiger, anspruchsvoller und schwerer wird,
-immer mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Dienst verletzt werden,

-die polizeiliche Klientel immer gewaltbereiter und jünger wird,
-die gesundheitlichen Beeinträchtigungen des Polizeidienstes medizinisch nachgewiesen sind,

-eine Verlängerung der Arbeitszeit bei ca. 5 Millionen Arbeitslosen volkswirtschaftlich absoluter Unsinn ist, wollen Sie und offensichtlich auch die Parteien der CDU und SPD die Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamte in Bremen verändern. Damit nehmen Sie diesen Beamtinnen und Beamten den versprochenen und wohlverdienten Ruhestand! Das ist eine schier unglaubliche Ungerechtigkeit! Und das alles und noch einiges mehr, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund
-einer Einsparung von über 300 Mitarbeitern in der Polizei Bremen in den

letzten 10 Jahren,
-einer aufgrund der Personalmisere erforderlichen und aktuell betriebenen Polizeireform größten Ausmaßes mit erheblichen negativen Auswirkungen bei den Beschäftigten und in der „Inneren Sicherheit“,
-einer im Rahmen des Doppelhaushaltes 2006/2007 vom Senat beschlossenen weiteren Personaleinsparung von ca. 200 Bediensteten für die nächsten Jahre,
-einer Reduzierung des Nettoeinkommens um ca. 10% nach den Sparbeschlüssen der letzten Jahre einschließlich der Maßnahmen, die für das Jahr 2006 schon für Beamte im Raum stehen!



Polizisten fordern Gleichbehandlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern ein modernes und verständliches Tarifrecht für alle Beschäftigten und keine unterschiedlichen Bedingungen für gleiche Arbeit! Wir lassen uns nicht gefallen, aus populistischen Gründen von den politisch Verantwortlichen als „Nullarbeiter“, „überflüssige Bürokraten“ oder gar „Pöbel“ diffamiert zu werden!

Willi Hinners, Vorsitzender
Personalrat Polizei Bremen

Was ist unanständig?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon ein erhebendes Gefühl diese Kulisse hier zu erleben. Wir bringen damit zum Ausdruck, dass der öffentliche Dienst in Bremen lebt und wir nicht bereit sind, alles mit uns machen zu lassen.

Wenn es nicht gelingen wird, die Gültigkeit des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst auch für die Länder und damit auch für Bremen durchzusetzen, dann werden wir spätestens im nächsten Jahr die 42-Stundenwoche für die Beamten bekommen, und das würde für die LehrerInnen dann eine weitere Pflichtstundenerhöhung von mindestens einer Stunde bedeuten. Das würde bedeuten, dass der Lehrerberuf als Vollzeitbeschäftigung kaum noch durchführbar wäre. Es bliebe dann nur noch der freiwillige Gehaltsverzicht über eine Stundenreduzierung, um im täglichen Arbeitsleben über die Runden zu kommen. Schon heute haben wir eine Teilzeitquote in manchen Bereichen von über 60% mit starker steigender Tendenz, weil die Arbeit bei immer weiter steigenden Klassenfrequenzen, immer schwierigeren Schülern und einer sich entwickelnden Schulbürokratie nicht mehr zu leisten ist.

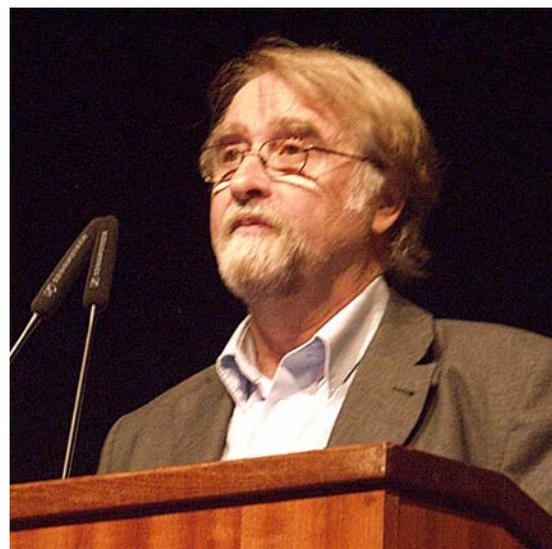
Wir fordern deshalb eine Umkehr in der Arbeitszeitpolitik. Wer gute pädagogische Arbeit will, der muss die Spitzenbelastungen im Unterrichtsalltag abbauen und nicht immer neue Anforderungen oben draufpacken.

In kaum einem Bereich des öffentlichen Dienstes sind in den letzten 10 Jahren so viele Stellen abgebaut worden wie im Bildungsbereich. Dabei ist interessant, wo Schwerpunkte bei diesen Kürzungen liegen. Es sind besonders die Bereiche, in denen sich die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen aus den unterprivilegierten Schichten befinden, nämlich z.B. in der Erwachsenen- und der Allgemeinen Berufsschule. Alles Projekte, die ursprünglich als sozialdemokratische Vor-

zeigemodelle gepriesen wurden. Natürlich gibt es in der Bremer Bildungspolitik auch richtige Ansätze, um den Defiziten des Bremer Bildungswesens zu begegnen. Einer dieser Ansätze ist z.B. die Ganztagschule, die, wenn sie über das Modell einer Aufbewahrung mit Suppenküche hinausgeht, eine richtige Antwort auf die veränderten Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft darstellt, aber ein solches Modell kostet natürlich auch Geld.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Presse war zu lesen, es sei unanständig, wenn die Beschäftigten sich hier heute versammeln. Aber worum geht es denn eigentlich, wenn wir hier für bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst streiten? Sind denn das nur unsere kleinlichen Eigeninteressen, für die wir uns einsetzen, oder geht es nicht auch darum, dass auch die Lebensqualität aller BürgerInnen von einem gut funktionierenden öffentlichen Dienst abhängt? Ist es deshalb nicht eher unanständig, wenn bei Polizei und Feuerwehr Personalmangel herrscht und unser aller Wohlergehen dadurch gefährdet wird? Ist es nicht eher unanständig, wenn es in den Kindertagesstätten zu wenig Plätze gibt und zu wenig Personal für Betreuung und Erziehung bereitgestellt wird und damit gleiche Startchancen für alle Kinder unmöglich sind? Oder ist es nicht eher unanständig, wenn in den Schulen zu wenig LehrerInnen in immer größeren Klassen immer mehr unterrichten müssen und damit die Zukunftschancen einer ganzen Gesellschaft aufs Spiel gesetzt werden?

Rolf Becker, Vorsitzender
Personalrat Schulen



Rolf Becker: Lebensqualität durch gute öffentliche Dienste

Wir sind nicht nur ein Kostenfaktor!



Heidi Adler: Angst ist schlechte Motivation
Im Vordergrund: Gebärdendolmetscherinnen
haben eine anstrengende Aufgabe perfekt bewältigt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich muss sagen, als Reinigungskraft habe ich ja schon einige Personalversammlungen mitgemacht, aber so viele Beschäftigte auf einen Haufen habe ich noch nicht gesehen. Es freut mich riesig, dass eine solche große Zahl von Kolleginnen und Kollegen sich hier versammelt haben. Das gibt Kraft! Kraft für die Auseinandersetzungen, die noch vor uns liegen.

Die Gewerkschaften und wir fordern die Übernahme des Tarifvertrages öffentlicher Dienst. Für alle unsere Beschäftigten!

Für uns Arbeiterinnen und Arbeiter gilt er schon. Für die Angestellten muss jetzt nachgezogen werden. Eine Spaltung lassen wir uns nicht gefallen.

Wie ist es den Arbeiterinnen und Arbeitern bisher im öffentlichen Dienst ergangen? Ein einfacher Zahlenvergleich spricht hier eine ganz deutliche Sprache. Noch vor etwa 10 Jahren waren im bremischen öffentlichen Dienst ca. 6200 Kolleginnen und Kollegen im Lohnverhältnis beschäftigt. Heute sind wir gerade noch 1900. Das hat der Arbeitgeber durch einen permanenten Stellenabbau erreicht. Es gab kaum Neueinstellungen, und es wurde privatisiert. Er trägt damit die Verantwortung für den Verlust einer riesigen Zahl von Arbeitsplätzen.

Wo sind denn heute noch Arbeiterinnen und Arbeiter bei uns beschäftigt? Das will ich euch sagen! Ich hoffe ich habe keinen vergessen:

- als Handwerker und Hilfshausmeister an den Schulen, bei der Polizei und anderen Dienststellen
- als Reinigungskräfte in vielen Häusern, vor allen Dingen an Schulen und

Kindertagesstätten

- im Studentenwerk und an der Uni
- als Mitarbeiter auf den Sportanlagen
- für Straßenunterhaltung und Streudienste im Verkehrsbereich
- im Grünbereich u.a. für Parks, Anlagen und Friedhöfe
- bei der Vermessung unserer Stadt im Eigenbetrieb GEO
- noch ein kleiner Rest im Bereich Abfall- und Abwasserentsorgung
- und die verbliebenen Arbeiter für den Hafenausbau und Hafenbetrieb.

Leider sind die großen Bereiche Entsorgung, Häfen und Krankenhäuser längst privatisiert. Durch diese Strategie schlägt der Arbeitgeber gewissermaßen zwei Fliegen mit einer Klappe: Er senkt seine Lohnkosten und schaltet tarifpolitisch gerade die Bereiche aus, die in der Vergangenheit ihre Kampfkraft unter Beweis gestellt haben.

Ich weiß, dass heute aus allen Bereichen Kolleginnen und Kollegen hierher gekommen sind. Auslöser dazu war und ist auch sicherlich Angst. Angst um den Arbeitsplatz und damit um die berufliche Existenz. Angst ist aber eine schlechte Motivation. Wer immer mit Ängsten zur Arbeit geht, kann auch keine gute Arbeit leisten.

Deshalb sagen wir selbstbewusst: Wir sind nicht nur ein Kostenfaktor. Wir können selbstbewusst auf hohe Arbeitsqualität und Zuverlässigkeit hinweisen! Das hat auch seinen Preis!

Deshalb zeigen wir Arbeiterinnen und Arbeiter heute unsere Solidarität: Ob verbeamtet oder angestellt - wir alle sind Kolleginnen und Kollegen.

Unsere Forderungen sind: Gute Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung für alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten!

Danke, dass ihr mir zugehört habt.

Heidi Adler, stellv. Vorsitzende
Gesamtpersonalrat

Zusammenlegung, Trennung, Zusammenlegung, Privatisierung

Mahlzeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde es toll, dass wir heute diesen riesigen Zusammenhalt zeigen und uns gemeinsam gegen diese Politik stellen, denn das brauchen wir uns nicht mehr gefallen zu lassen.

Wir vom Baubereich kennen uns bestens aus mit der Rationalisierung des öffentlichen Dienstes Bremens und kennen die Auswirkungen auf uns Beschäftigte und auf den Bürger. Unser Ressort kann schon eine sehr wechselvolle Geschichte aufweisen, je nach Couleur der Senatorenriege: mal rot, mal grün, nun auch noch schwarz.

Früher waren wir noch in mehreren Ressorts und vielen Ämtern. Wir wurden mehrfach zusammengelegt und wieder getrennt und wieder zusammengelegt oder auch privatisiert. Nach jeder Bürgerschaftswahl folgen neue und teilweise haarsträubende Veränderungen, immer zu Lasten der Belegschaft und der Bürger.

Ein Glanzstück der Politik war z.B. die Umgangsweise mit dem Hochbau und der Bauunterhaltung. Erst Hochbauamt dann die Umwandlung zum Eigenbetrieb in mehreren Stufen als Bremer Baubetrieb und plötzlich die Auflösung mit Teilübernahme in den neuen Eigenbetrieb Gebäude- und TechnikManagement und in GmbHs, wobei die GmbH BauManagement Bremen auch schon wieder aufgelöst ist. Die Umwandlung von einem Eigenbetrieb in den nächsten ist schon verwirrend, aber bei der Bremer Politik nicht verwunderlich.

Das alte Liegenschaftsamt und spätere Grundstücksamt musste den Weg in die Privatisierung gehen, und die Aufgaben wurden für alle unüberschaubar auf GBI, BIG und andere Gesellschaften verteilt und stehen heute in der öffentlichen Kritik. Es entstehen viele neue und überflüssige Schnittstellen und unnötige Hindernisse mit umständlichen Entscheidungssträngen.

Beim Bauamt Bremen-Nord wird die Zerschlagung und Verteilung gerade betrieben, wie ihr ja alle in der Presse und in der letzten MUMM verfolgen konntet.

In unserem Ressort gibt es bald kein Amt mehr. Wir bestehen nur noch aus Eigenbetrieben, Privatisierten und einer riesigen senatorischen Dienststelle mit fast 600 Beschäftigten. Das verursacht Mehrkosten, bringt längere Wartezeiten für den Bürger mit sich und baut Frust bei allen auf.

Bei unserer Belegschaft herrschen Unsicherheit und Demotivation, die sich für viele durch den Einzug in das ach so schöne Siemenshochhaus noch verschärft haben. Gestern stand in der Zeitung, dass der Parlamentspräsident die Sommerhitze in den Büros der Bürgerschaft für unzumutbar hält. Herr Weber, das kennen die Beschäftigten im Siemenshochhaus bereits seit 3 Jahren, und wir bekommen keine Ventilatoren oder kostenlose Getränke gestellt. Ist aber eine großartige Idee, hätten wir auch gerne.

Erwähnen möchte ich noch die Bedrohung durch 1-Euro-Jobs im Grünpflegebereich und im Hausmeisterbereich. Es wurden bereits ca. 60 Hausmeistergehilfen auf 1-Euro-Basis eingestellt. Durch Begehrlichkeiten auf günstige Arbeitsvergabe befürchten wir die Gefährdung der tariflich abgesicherten Arbeitsplätze. Das betrifft uns unmittelbar.

Diese ganzen Zusammenlegungen, Auflösungen, Privatisierungen ohne Sinn und Verstand machen mich wütend, und ich meine, es ist an der Zeit, eindrucksvoll der Politik zu zeigen, dass das Maß voll ist.

Herr Scherf, ganz ehrlich: Uns reicht!

Danke.

Marina Harmeyer, Personalrat
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr



Marina Harmeyer: Das Maß ist voll!

Die Erzengel:...retten können wir euch auch nicht mehr

Seit 10 Jahren betrachten die drei Kolleginnen der KiTa Bremen die Welt auch aus kabarettistischer Sicht. Auf den Personalversammlungen der KiTas leisten sie immer einen Beitrag, der mit großen Begeisterungstürmen angenommen wird. Den Beitrag, den die „Erzengel“ in der gemeinsamen Personalversammlung dargeboten haben, wurde eigens hierfür von ihnen geschrieben.



v.l.n.r.: Chris Vogel, Carola Sperling und Sabine Deboth betrachten die politische Seewetterlage und stellen fest, dass das Boot unter Bremer Flagge schon ganz schön Schlagseite nach Steuerbord hat

„Jo, warum heißt denn die Mehrwertsteuer Mehrwertsteuer? Jo, weil sie immer mehr werd'.“

„Und die Rettungshilfe für die kleinen Nichtseetauglichen wird ja auch immer weniger. Bei der letzten Schulschiffregatta haben die dann auch wieder den letzten Platz gemacht.“

„...Und was ist mit den Ausgebooteten? - Jo, was ist damit? - Die? Die schult man denn so z. B. in Leichtmatrosen um. Dann verteilt man die einfach neu auf die Bremer Schiffe. Und dann kosten sie nur noch 1 Euro.“

„Bannig was los, da draußen auf'n Meer. Schiffe aus allen vier Himmelsrichtungen...Mensch, das sieht ja ganz nach Meuterei aus. - Jo, die Besatzungen sitzen ja quasi auch alle in einem Boot, und einige von ihnen, die sitzen schon außen Bords und können sich kaum noch festhalten.“

„Ja, und die jungen Frischen, nech, die haben ja überhaupt keine Chance mehr an Bord zu kommen. - Nee, nech, jedenfalls nicht unter Bremer Flagge.“

„...Ja, das ist ja richtig, dass man die kleinen „Pissagiere“ auf das Schulkindalter besser vorbereitet, ist ja richtig. Aber dass dann nur ein Matrose zwanzig kleine wilde „Pissagiere“ in nur einer Kajüte betreuen soll, ja, das ist nicht richtig.“



Die Erzengel wollen nicht unter privater Flagge paddeln, weil die Pötte dann überhaupt nicht mehr flott gemacht und die Mannschaft zum Kielholen vertäut werden.

Wer an der Einnahmeverwaltung spart, spart Einnahmen

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit jetzt auf die besondere Situation in der einzigen Einnahmeverwaltung unseres Landes richten. Sie hören immer wieder, wie schlecht es um den Bremer Landeshaushalt bestellt sei, und dass man deshalb diese oder jene Ausgaben kürzen oder streichen müsse. Aber wie oft, Kolleginnen und Kollegen, haben Sie schon gehört, dass der Senat die Einnahmen verbessern will, und zwar nicht durch einen dubiosen „Kanzlerbrief“, sondern ganz konkret durch die Realisierung bestehender Gesetze?

Kolleginnen und Kollegen, hierbei geht es nicht um das Anziehen der Steuerschraube bei uns abhängig Beschäftigten. Unsere Steuern und Abgaben werden bereits an der Quelle erhoben, und wir haben kaum Gestaltungsmöglichkeiten. Das Problem sind vielmehr die Unternehmen, die Selbstständigen und die Bezieher von Vermögenseinkünften, die immer weniger zum Steueraufkommen beitragen. Sie profitieren am meisten von den Steuerrechtsänderungen der letzten Jahre, sie haben die Möglichkeiten, Steuerschlupflöcher zu nutzen, und sie nutzen diese Möglichkeiten. Steuerbetrügereien nehmen zu, und der Staat tut nichts dagegen. Im Gegenteil: Er unterstützt Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung, indem er seine einzige Einnahmeverwaltung schwächt, durch Personalabbau nach dem Rasenmäherprinzip.

Die Betriebsprüfer des Landes Bremen haben in den Jahren 2000 bis 2003 durchschnittlich 150 Mio. Euro Mehrsteuern pro Jahr festgestellt. 95% der Betriebsprüfungen führen zu Nachzahlungen, in vielen Fällen sogar zu sehr hohen. Es gibt Branchen, in denen die Betrugsquote nahe 100% liegt.

Wer nun denkt „das ist doch ganz klar, dass hier verstärkt geprüft wird und dass dieses Geld geholt wird“, der muss sich eines Besseren belehren lassen. 1996 hat Bremen aufgehört, im

gehobenen Dienst der Steuerverwaltung auszubilden, und erst jetzt wieder damit begonnen. Es sind zehn Jahre, die der Steuerverwaltung an kontinuierlicher Ausbildung fehlen, und es dauert fast zehn Jahre, bis aus einer Neueinstellung ein halbwegs erfahrener Prüfer geworden ist. Und es sind fast 25% aller Prüfer unseres Landes, die innerhalb der nächsten fünf Jahre in den Ruhestand gehen werden. So, Kolleginnen und Kollegen, sieht die Einnahmeverbesserung des Senats aus!

Es ist Geld, das unserem Gemeinwesen für immer verloren geht. Es ist aber auch das Geld, das in unseren Schulen, in den Kitas, bei Polizei, Feuerwehr und in vielen anderen Bereichen, letztlich aber auch bei uns allen persönlich, nämlich in Form von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, fehlt. Der Senat spart, doch er spart am falschen Ende. Denn: Wer an der Einnahmeverwaltung spart, der spart Einnahmen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Winfried Noske, Vorsitzender
Personalrat Finanzamt Bremen-
Ost



Winfried Noske: Viel Geld geht dem Gemeinwesen verloren



Kolleginnen und Kollegen der Steuerverwaltung wollen nicht abgeschrieben werden

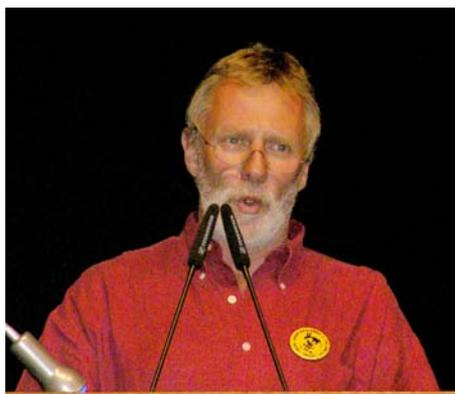




Aus PISA lernen:
Auf den Anfang kommt es an!
Mehr für Kinder -
2 Fachkräfte in jede Kita-Gruppe!
ver di Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe Fachgruppe



Wer sich nicht wehrt, hat aufgegeben



Rainer Müller: Die soziale Ungerechtigkeit ist immer schwerer zu ertragen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Vorfeld dieser Personalversammlung wurde uns durch die Presse entgegen gehalten: Euch im öffentlichen Dienst geht es doch viel zu gut, der ganze Beamtenapparat ist ohnehin viel zu aufgebläht und teuer.

Gespart wird bei den Leistungen für die Menschen dieser Stadt, bei der Gesundheit, der Sicherheit, bei Hilfesuchenden und Alten und nicht zuletzt bei denen, die in Zukunft unsere Stadt gestalten sollen: bei den Kindern und Jugendlichen. Kolleginnen und Kollegen - das müssen wir den Menschen dieser Stadt sagen - auch deshalb sind wir hier heute zusammen gekommen.

Unsere KollegInnen in der wirtschaftlichen Hilfe und die für Hartz IV zuständigen in der BagIS, haben den einschneidenden gesellschaftlichen und sozialpolitischen Umbauprozess der Bundesregierung umzusetzen. Unter enormem Druck wurden diese Maßnahmen übers Knie gebrochen. Eine riesige Umorganisation traf die KollegInnen schlecht vorbereitet. Einige wurden durch die Fortbildungen nur so durchgepeitscht, andere wurden bis heute nicht richtig für die neuen Aufgaben qualifiziert. Die Technik funktionierte nur begrenzt und den KollegInnen wird das doppelte bis dreifache an Arbeit zugemutet. Lange Warteschlangen, unzufriedene Hilfeempfänger erhöhen den Druck auf die ohnehin überlasteten KollegInnen. Das Ganze für ein neues Gesetz, welches hinsichtlich seiner Auswirkungen - nicht nur bei den betroffenen Hilfeempfängern - mehr als umstritten ist.

Als Personalrat für den KiTa-Bereich bin ich in den letzten Tagen gefragt worden: Ist es denn verantwortbar, dass die KollegInnen der KiTa zu der Personalversammlung gehen und in den Einrichtungen nur Notdienst anbieten? Unsere Antwort: Es ist unverantwortlich, in dieser Situation nicht seine Rechte wahrzunehmen. KollegInnen,

die sich nicht mehr wehren, haben aufgegeben, sind resigniert, entmotiviert. Eine denkbar ungünstige Voraussetzung für eine verantwortungsbewusste Arbeit. Das wissen auch die Eltern in den Kitas. Sie wissen, diese Personalversammlung richtet sich nicht gegen sie oder gar ihre Kinder.

Im Bereich der Kitas ist die Betroffenheit groß:

- Trotz engagiertem Widerstand von uns und den Eltern
- trotz vieler vollmundiger Bekundungen des Senats, wie wichtig die Kitas für die Kinder und ihre Familien sind
- trotz der PISA-Ergebnisse, die Bremen als Schlusslicht in dieser Republik und die benachteiligten Kinder als die besonderen Verlierer ausweisen
- trotz der weit verbreiteten Erkenntnis, dass die Förderung in den ersten Lebensjahren bestimmend ist für die weitere Entwicklung...

- Trotz alledem
- muss immer noch ein/e ErzieherIn 20 Kinder alleine betreuen - die versprochene zweite Fachkraft bleibt aus
- werden die Anforderungen für unsere KollegInnen immer mehr erhöht und die Arbeitsbedingungen gleichzeitig erschwert
- werden nicht genügend Ganztagsplätze angeboten und Integrationsplätze abgebaut
- werden, anstatt zusätzliche Stellen für ErzieherInnen zu schaffen, Arbeitsplätze für diese KollegInnen vernichtet oder Ganztagsstätigkeit in Teilzeitjobs umgewandelt
- erhöhen die „Wohlfahrts“-Verbände den Druck auf den Senat, weil sie die städtischen Kitas zu Dumpingpreisen übernehmen wollen
- muss ein großer Teil unserer 130 befristeten KollegInnen auch dieses Jahr wieder um ihre Weiterbeschäftigung bangen. Es wird diesen KollegInnen darüber hinaus ca. 13 % ihres ohnehin geringen Gehaltes durch den Senatsbeschluss gekürzt.

Gleiches Geld für gleiche Arbeit

Z. Zt. bin ich bis zum 31.07.2005 befristet mit 22,75 Std. pro Woche eingestellt. Ob es in 2005 wieder einen Anschlussvertrag für mich gibt, entscheidet sich in den nächsten Tagen. Mir droht nach fast 3jähriger Arbeit mit 10 befristeten Verträgen die Arbeitslosigkeit. Letztes Jahr kam der rettende Anruf für meine befristete Weiterbeschäftigung einen Tag vor Auslaufen meines Vertrages.

Mein Nettoeinkommen liegt bei ca. 780 Euro; wegen der Senatsentscheidung vom Oktober 2004 habe ich nur noch ein halbes Weihnachtsgeld und gar kein Urlaubsgeld mehr. Im November wurde mir zwar das volle Weihnachtsgeld gezahlt, zwei Wochen später kam aber die Mitteilung, dass ein Teil davon wieder abgezogen wird.

Außerdem wirkt sich die beschlossene Arbeitszeiterhöhung auf 40 Wochenstunden bei Teilzeitkräften auch auf das Gehalt aus: Die Bezüge werden anteilmäßig gekürzt. Insgesamt bedeutet dieses eine Reduzierung meines Einkommens um ca. 9%, das sind im Monat ca. 70 Euro weniger.

Ich bin Erzieherin geworden, weil mir die Arbeit mit Kindern sehr viel Spass macht. Aber es ist kein Hobby, es ist mein Beruf, und ich muss von meinem Verdienst leben. Ich wünsche mir ein unbefristetes Arbeitsverhältnis und dass der Tarifvertrag für alle übernommen wird, damit wieder jeder für gleiche Arbeit auch gleiches Geld erhält.

Sonja Buchwald, Erzieherin
im Kindertagesheim



Sonja Buchwald: Mein Beruf ist kein Hobby

Ich denke an dem Beispiel von Sonja ist deutlich geworden, dass das mit den sicheren Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, zumindest für unseren Arbeitsbereich, nicht zutreffend ist.

Abschließend noch ein paar Worte aus der Sicht eines langjährigen Personalrates: Die unsoziale Politik von Bund, Ländern und Gemeinden trifft auch unseren Arbeitsbereich, schlägt direkt auf uns durch. Es ist nicht leicht, immer wieder die Kraft, den Mut und die Überzeugung aufzubringen, gegenzuhalten und andere zu ermuntern, mitzumachen. Wir fühlen uns auch manchmal überfordert gegen die übermächtige Flut gesellschaftlich organisierter Entsolidarisierung, Vereinzelung und Privatisierung. Werte und Regeln, die die Generation unserer Eltern aus bitterer Erfahrung aufgebaut und verankert und die wir zu wahren und zu verteidigen haben, brechen nach und nach weg. Es ist immer schwerer zu ertragen, wie soziale Ungerechtigkeit

immer mehr Menschen an den Rand drängt.

So lange wir immer noch wichtige Arbeitnehmerrechte zu verteidigen haben, so lange einige Wenige große Steuergeschenke erhalten und der Rest zu Opfern herangezogen wird, so lange diese Stadt Prestigeobjekte baut und hochtrabende Projekte finanziert, als gelte es, dass jeder Politiker dieser Stadt sich ein Denkmal setzen müsste, so lange immer mehr Menschen einen starken Staat brauchen und so lange andere Länder wie Schweden und Finnland zeigen, dass es erfolgreich ist, bei den Kindern zu investieren, so lange gibt es keine Alternative: Wir müssen weiter unsere berechtigten Forderungen nach außen tragen, aufdecken, Alternativen aufzeigen und dafür kämpfen.

Wir brauchen Widerstand und Aktionen, statt Resignation und Rückzug.

Abschließend möchte mich noch di-

rekt an Henning Scherf wenden:

In den 80iger Jahren hat Henning Scherf, als Sozialsenator, für die Bremer Politik den Satz mitgeprägt: Wenn wir denn schon nicht genügend Geld für alle haben, ist es Verpflichtung des Staates, sich besonders um **die** Kinder und ihre Familien zu kümmern, die am meisten auf unsere Hilfe angewiesen sind.

So entstanden, mit dem Sozialsenator Scherf, Schwerpunkte für Behinderte und Benachteiligte.

Jetzt wird das Rad zurück gedreht!

Ich sage, wer Ungleiche gleich behandelt, verschärft die Ungleichheit, entfernt sich von sozialer Gerechtigkeit, grenzt aus!

So werden soziale Spannungen verschärft, wir brauchen mehr Investitionen für eine menschliche Stadt.

Rainer Müller, Vorsitzender
Personalrat KiTa Bremen

Der Präsident des Senats im Wortlaut



Dr. Henning Scherf am Rednerpult

„Tag allerseits, ich danke für die Einladung zu dieser Veranstaltung. Ich versteh das als Recht des Gesamtpersonalrats, solche Veranstaltungen, nicht jedes Jahr, aber doch in schwieriger Lage zu machen. Das ist Teil der Mitbestimmung und für diese übernehme ich auch Mitverantwortung gegen Kritik, die öffentlich geäußert wurde.

Die Lage dieses kleinen Landes ist dramatisch, ist extrem und ist extrem schwierig.

Zwischenrufe

Na gut, Sie haben ein Mandat, für Ihre eigenen Interessen hier zu kämpfen, aber Sie haben kein Mandat, das Wählervotum von vor zwei Jahren zu korrigieren, da überschätzen Sie sich.

Pfiffe

Das ist die schlichte Wahrheit gewesen, was sie da zu pfeifen haben, versteh ich nicht. Sie halten die Wahrheit offenbar nicht aus.

Die Lage ist dramatisch, Edmund Mevissen hat zu Recht gesagt, wir können sie nicht aus eigenem lösen. Wir sind angewiesen darauf, dass uns die anderen Bundesländer und auch die Bundesregierung bei der Lösung unserer extremen Haushaltsnotlage helfen. Wir bereiten eine neue Verfassungsklage vor dem Bundesverfassungsgericht vor. Und wir werden alles, was wir in den letzten Jahren gemacht haben, nicht nur in diesen Prozess einführen, sondern wir sind darauf eingerichtet, dass alle Bundesländer und auch die Bundesregierung, egal wer da regiert in Berlin, scharf darauf achten, was unser eigener Beitrag zur Sicherung der Selbstständigkeit dieses Landes ist.

Zwischenrufe

Ich weiß nicht, was Sie da oben studiert haben, aber ich habe mir Mühe gemacht, mit der (Lage?) des Bundesverfassungsgerichts mich auseinanderzusetzen.

Pfiffe

Ihr Pfeifen wird von den Verfassungsrichtern nicht gehört, jedenfalls wird es die nicht beeindrucken, das muss ich hier auch noch sagen.

Also, wir sind gehalten, um der Existenz willen dieses Landes vor dem Bundesverfassungsgericht unseren Eigenbeitrag zu konkretisieren und auch zu belegen. Darum ist es eine existenzielle Frage, eine Frage des Überlebens dieses Landes, dass wir sowohl nach innen wie nach außen im öffentlichen Dienst uns gefallen lassen müssen, dass jede Entscheidung, die hier getroffen wird, verglichen wird mit den Entscheidungen, die in anderen Ländern der Bundesrepublik und in der Bundesregierung selber getroffen werden. Wir können es uns nicht leisten, wir können es uns nicht leisten, mit Begründung auf besondere Notwendigkeit Extras, Extras zu organisieren, Extras durchzusetzen.

Wenn gefordert wird, wir sollten dem Tarifvertrag zustimmen, muss darauf verwiesen werden, dass die Tarifgemeinschaft der Länder, deren Mitglied wir sind, in Verhandlungen ist, und es überhaupt keine Möglichkeit gibt, dass wir aus dieser Verhandlungslinie ausscheren und sagen, wir lösen unsere Probleme alleine. Wir können sie nicht alleine lösen, Edmund Mevissen hat Recht. Wir brauchen die anderen. Und darum brauchen wir eine Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die funktioniert, die handlungsfähig ist und die abschlussfähig ist. Das ist unsere Position. Alle anderen Sonder-, Sonderrollen sind völlig illusionär und gehen gegen die vitalen Interessen dieses kleinen Landes. Und darum wird das nicht passieren. Da können Sie den Rat, der erste Redner hier, Herr Hinners hat vorgeschlagen, mir den Kopf abzuschlagen, Sie können seinen Rat befolgen, es wird nichts ändern an dieser Tatsache.

Das zweite ist, dass wir natürlich nicht nur im öffentlichen Dienst sparen,

sondern dass wir auf der gesamten Breite des öffentlichen Handelns im Land, in diesem kleinen Land, überall Beiträge, Eigenbeiträge verlangen müssen, durchsetzen müssen. Wir können nicht den einen Teil gegen den anderen ausspielen. Sondern wir haben nur die Möglichkeit, dass wir überall da, wo noch ein Rest Handlungsspielraum ist, viel haben wir gar nicht mehr, ein Resthandlungsspielraum ist, hier beweisen, wir haben unseren Teil der Sanierung, unseren Teil zur Verteidigung der Selbstständigkeit Bremens begriffen, und den machen wir, solange wir dafür ein Mandat bekommen, solange wir dafür gewählt werden.

Weil Sie von mir verlangen und zu Recht verlangen, dass ich mich vor den öffentlichen Dienst stelle, will ich das versuchen.

Wir werden, nicht nur wir im Senat, sondern wir insgesamt im öffentlichen Dienst werden von der Gesamtgesellschaft beäugt, beguckt, wie wir mit dieser schwierigen Lage klar kommen. Dass sie leicht ist, dass sie schön ist, sagt niemand. Aber dass sie schwierig ist, das haben die meisten begriffen. Und die Leute, die Leute verlangen von uns, dass wir trotz der schwierigen Lage unser Bestes tun. Und ich behaupte, bis zum Beweis des Gegenteils, wir tun es auch. Wir im öffentlichen Dienst tun es auch.

Wir sind nämlich nicht einfach nur Privilegienverteidiger, sondern wir sind bereit, durch Veränderung, durch Weiterbildung, durch Weiterqualifizierung und auch durch veränderte Dienstleistungsstruktur dieser Forderung der Öffentlichkeit, dieser Forderung der Bürger, die ja mit ihren Steuergeldern das Ganze finanzieren, entgegenzukommen und entgegenzu(...?). Darauf setze ich, darauf verlasse ich mich.

Und weil Frank Bsirske gleich nach mir redet, will ich gerne auch in seine Richtung sagen, ich wünsch mir,... darf ich sagen, dass wir uns duzen? Darf ich

sagen, wissen die sowieso alle...

...ich wünsch mir, dass es zu einem Tarifabschluss kommt. Ich habe einen Alptraum, wenn die Tarifgemeinschaft auseinanderfliegt und wir ein wildes Durcheinander haben, eine wilde Konkurrenz haben. Die geht übrigens zu Lasten solcher kleinen Stadtstaaten wie wir. Wie sollen wir uns denn dagegen wehren. Wir sind für Tarifgemeinschaft, wir sind für Tarifverträge, aber wie müssen die aussehen? Und ich wünsch mir, dass es bei diesen Tarifverhandlungen gelingt, dass wir einvernehmlich zwischen den Tarifparteien

sowas wie regionales Fenster vereinbaren. Das kann man machen, das ist früher auch schon mal gemacht worden, das ist gar nichts so sensationelles Neues, damit wir in die Möglichkeit kommen, nach dem Abschluss, nach dem Flächentarifabschluss, bitte sehr in die Möglichkeit kommen, hier vor Ort, hier in diesem Stadtstaat unsere besonderen Probleme, unsere besonderen Aufgaben, unsere besonders hohe Arbeitslosigkeit mit eigenen Antworten zu beantworten. Das meine ich, wenn wir reden, wir wünschen uns einen Solidarpakt, und ich behaupte weiter, dass es dafür Begründungen gibt.

Ich danke Ihnen allen fürs Zuhören."

Dr. Henning Scherf, Präsident
des Senats



Dr. Henning Scherf im Interview mit Radio Bremen

Bremen übernehmen Sie!



Frank Bsirske fordert die Übernahme des Tarifvertrages öffentlicher Dienst durch die Länder

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, Henning Scherf hat einen kurzen Beitrag gehalten, er hat aus meiner Sicht drei Aspekte dabei in den Vordergrund gestellt. Erstens: Die Haushaltsprobleme dieses Landes sind nicht alleine von diesem Land lösbar. Ich denke, da hat er Recht. Dieses Land ist auf andere angewiesen, hat er gesagt, das verlangt Sensibilität, das verlangt nach links und rechts zu gucken, ja, das stimmt Henning Scherf, aber das verlangt nicht, nach der Pfeife der Kochs und Stoibers zu tanzen.

Und Henning Scherf hat gesagt, es könne nicht darum gehen, Privilegien zu verteidigen sondern es müsse darum gehen, an die Veränderungen und an die Selbstveränderungen zu gehen und dazu bereit zu sein, und lassen Sie mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor diesem Hintergrund zunächst einmal auf die Ausgangslage bei den Tarifen schauen.

Etwas mehr als fünf Monate ist es jetzt her, dass sich ver.di, die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, mit Bund und Kommunen auf einen Tarifabschluss geeinigt hat. Das war ein Abschluss, der eine umfassende Reform des Tarifrechts im öffentlichen Dienst bringt. Und das öffentliche Echo auf diesen Abschluss war enorm und selten einhellig.

Von einem „großen Wurf“, wenn nicht sogar einem historischen Werk war da die Rede. Und das in Zeitungen, die nun wahrhaftig nicht in dem Ruf stehen, sonderlich gewerkschaftsfreundlich zu sein.

„Ein Sieg der Vernunft“ war im Handelsblatt zu lesen. „Zudem“, hieß es da weiter, „eröffnet der Abschluss die Chancen für einen Wandel, der dem Ziel der Entbürokratisierung womöglich mehr dient als alle Gesetze zum Bürokratieabbau“. „Einen fairen Kompromiss“, nannte der Tagesspiegel den Abschluss, „der auch die Moderni-

sierung eines Tarifrechts bedeutet, das die Arbeits- und Einkommensbedingungen vieler Millionen Menschen regelt. Und zwar viel besser als zuvor.“

Die Berliner Zeitung schrieb: „Es gab mal eine Zeit, da hatte das Wort „Reform“ in Deutschland einen guten Klang. Rund 30 Jahre ist das her. Heute ist der Begriff negativ besetzt, weil viel zu häufig als Reform verkauft wird, was in Wahrheit nur ein geringer Fortschritt oder gar kein Fortschritt ist. Auf das neue Tarifrecht im öffentlichen Dienst trifft das nicht zu. Hier ist tatsächlich etwas Neues, Mutiges entstanden. Wer nicht mitmacht, schadet allen - auch sich selbst.“

Die Zitate ließen sich fortsetzen. Das Bild bliebe dasselbe. Viele Stimmen - eine Botschaft und die lautete: Landesregierungen - und eben auch diese Landesregierung hier in Bremen - übernehmen Sie!

Nur darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es. Bund und Kommunen sind im Januar gemeinsam mit uns zu neuen Ufern aufgebrochen und an einem neuen Ufer angekommen.

Setzen jetzt auch die Länder über? Oder bleiben sie am anderen Ufer, am alten Ufer zurück? Das ist die Frage.

Wir alle werden Tag für Tag Zeuge, wie es an diesem alten Ufer gegenwärtig aussieht: Schon länger Beschäftigte müssen nach Tarifvertrag bezahlt werden. Ihre Arbeitszeit beträgt 38,5 Stunden. Sie erhalten volles Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Neueingestellte, Kolleginnen und Kollegen mit Befristung und Anschlussbeschäftigte bekommen derweil weniger Geld und arbeiten länger. Länger Beschäftigten, die auf einen höherwertigen Arbeitsplatz kommen wollen, versucht man ebenfalls, die Unterschrift zu längerer Arbeitszeit und geringerer Vergütung abzupressen.

Je nach Einfärbung der Landesregierung treffen wir dazu noch auf unterschiedlichste Arbeitszeiten - zwischen 38,5 und 42 Stunden, wir treffen auf

unterschiedlichste Beträge bei Zuwendung und Urlaubsgeld - zum Teil einheitlich, zum Teil gestaffelt nach Alter, zum Teil gestaffelt nach Gehaltsgruppen - kurzum ein heillooses Durcheinander. Und das ist, Kolleginnen und Kollegen, eine Lage, die zur Zufriedenheit und Zusammenarbeit nicht eben förderlich ist. Lasst uns dieses Chaos beenden.

Alle wissen: Wir verzeichnen Jahr für Jahr Exportrekord auf Exportrekord. Und trotzdem kommt die Konjunktur nicht aus dem Quark. Warum ist das so? Weil der Binnenmarkt stagniert! Und warum stagniert der Binnenmarkt? Vor allem, weil der Staat auf dem Feld der öffentlichen Investitionen schwächelt. Muss einen ja auch nicht wundern, wenn man allein bei den Unternehmenssteuern auf 60, 70 Mrd. Euro Steuereinnahmen verzichtet zugunsten der Gewinne.

Und der Binnenmarkt schwächelt, weil die Löhne stagnieren und obendrein es noch Arbeitgeber gibt, die versuchen, Lohnsenkungen noch obendrauf durchzusetzen.

Und nicht anders sieht es beim Thema Arbeitszeit aus. Weil der Binnenmarkt schwächelt, bleibt das Wachstum schwach. Weil das Wachstum schwach ist, bleibt die Arbeitslosigkeit hoch. 5 Mio. Arbeitslose - so viel wie zuletzt in den 30er Jahren. In so einer Situation die Arbeitszeit zu verlängern - was soll dabei anderes herauskommen als noch mehr Arbeitslose und noch mehr Arbeitslosigkeit, Kolleginnen und Kollegen?

Dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit, das sagen doch die Ministerpräsidenten selbst in aller Offenheit und in aller Öffentlichkeit. Roland Koch erklärt, der Übergang zur 42-Stundenwoche bei den Beamten in Hessen ermögliche es, 7.500 Arbeitsplätze einzusparen. Auf den gesamten öffentlichen Dienst übertragen bedeutet das, etwa

400.000 Arbeitsplätze zur Disposition zu stellen und zu verlieren. Kann man sich das bei 5 Mio. Arbeitslosen leisten? Im Leben nicht, Kolleginnen und Kollegen. So viel kann der Exportweltmeister beim Export gar nicht rausholen, wie im Inland bei einer solch verantwortungslosen Politik an Arbeitsplätzen verloren gehen.

Ich sage: Man kann nicht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Mund führen und praktisch das genaue Gegenteil davon tun. „Aber...“, so hören wir immer wieder aus dem Kreis der Finanzminister, „...Geld, das man nicht hat, kann man nicht ausgeben.“

Kolleginnen und Kollegen, dagegen lässt sich nichts sagen. Das ist richtig! Nur, warum kann sich dann ein Land wie Niedersachsen, um mal mit dem Verhandlungsführer der Länder anzufangen, dann leisten, 300 Betriebsprüferstellen von Steuerbeamten einzusparen? Warum können CDU/CSU-regierte Länder, wie Baden-Württemberg und Bayern, ein ums andere Mal Vorstöße zum Abbau von Steuersubventionen mit der eigenen Bundesratsmehrheit scheitern lassen, obwohl das mehrere hundert Millionen Euro an zusätzlichen Einnahmen bringen könnte?

Warum kann man sich fortgesetzt der höheren Besteuerung großer Erbschaften verweigern und im gleichen Atemzug von Straßenwärtern, PolizeibeamtInnen, Krankenschwestern, LehrerInnen und Feuerwehrleuten Lohnverzicht verlangen?

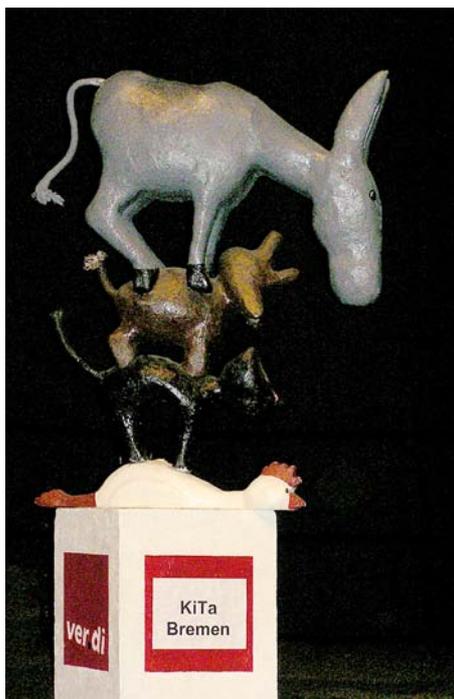
All das, Kolleginnen und Kollegen, ist nicht nur nicht überzeugend, es ist definitiv der falsche Weg. Was dabei rauskommt, das



Frank Bsirske im Gespräch mit Marita Rosenow und Edmund Mevissen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 21



Die Plastik der KiTa Bremen stand neben dem Rednerpult und machte allen deutlich, dass „die Dinge auf den Kopf gestellt werden“.

kann man an dieser Plastik unserer Kollegen aus dem KiTa-Bereich exzellent sehen, da werden die Dinge nämlich auf den Kopf gestellt. Die mit den stärksten Schultern belasten diejenigen mit den schwachen Schultern bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Aufgaben. Da stimmt doch irgendwas nicht, Kolleginnen und Kollegen.

Ich sage das auch und gerade vor dem Hintergrund der Bremer Situation und nach dem, was man aus der Diskussion im Senat kennt. Bremen hat die strikten Auflagen zur Aufgabenbegrenzung im Rahmen der Sanierungszahlungen nicht nur eingehalten, sondern übererfüllt. Der zugelassene Ausgabenspielraum im Sanierungszeitraum 1994 bis 2003 wurde von Bremen nur exakt zu einem Drittel ausgeschöpft, 17 % des Personals abgebaut, hunderte von Millionen eingespart und dennoch konnte das strukturelle Haushaltsdefizit nicht beseitigt werden und ist der Schuldenstand wieder gewachsen.

Das zeigt, es war und ist eine Illusion, dass Bremen unter den gegebenen Rahmenbedingungen aus eigener Kraft einen verfassungskonformen Haushalt erreichen kann. Weil dieses Land, Kolleginnen und Kollegen, ein Einnahmeproblem und kein Ausgabeproblem hat.

Und das ist ja eine Erkenntnis, die mittlerweile selbst bei der Handelskammer hier in Bremen angekommen ist, der ich auch ausdrücklich zustimme, wenn sie schreibt: „Die Erfolge der Sanierungsstrategie sind nicht von der Hand zu weisen. Sie werden allerdings von der Steuerproblematik überlagert.“ Ja, so ist es. Seit Mitte der neunziger Jahre gibt es hier in Bremen Jahr für Jahr reales Wachstum, aber gleichzeitig rückläufige reale Steuereinnahmen. Und bei dieser Erosion der Steuereinnahmen, bei dieser Art von Steuerpolitik schließt sich der Kreis. Wer eine solche Politik betreibt, Kolleginnen und Kollegen, der muss sich nicht wundern,

dass Haushaltsprobleme zu Lasten der BürgerInnen, zu Lasten der Bewältigbarkeit der gesellschaftlichen Aufgaben anschließend die Konsequenz sind.

Unser Land braucht Wachstumsimpulse, und es braucht mehr Beschäftigung. Und dieses Land braucht einen leistungsstarken und bürgerInnenorientierten öffentlichen Dienst, einen öffentlichen Dienst, der sich in der Konkurrenz mit privaten Anbietern bewährt und behauptet, der seine Leistungsfähigkeit nachweist und verbessert. Das liegt im Interesse der BürgerInnen und der Beschäftigten.

Und deswegen, Kolleginnen und Kollegen, haben wir die Reform des Tarifrechts auch zu unserer Sache gemacht und mit Bund und Kommunen grundlegende Neuerungen im Tarifrecht vereinbart. Ich will daran erinnern: Wir haben das Tarifrecht vereinfacht und durchschaubarer gemacht. Wir haben zusätzliche Leistungselemente eingeführt. Wir haben das Bezahlungssystem durchlässiger gemacht, einheitliche Regeln für ArbeiterInnen und Angestellte geschaffen. Wir haben den öffentlichen Dienst für Jüngere attraktiver gemacht und dafür gesorgt, dass Führungspositionen erst einmal auf Zeit vergeben werden.

Das sind tiefgreifende Veränderungen. Ich denke, dass hier tatsächlich ein neues Kapitel aufgeschlagen worden, ein neues Ufer erreicht worden ist. Einigung ist möglich, Henning Scherf! Gemeinsam mit Bund und Kommunen haben wir es vorgemacht. Jetzt sind die Länder gefordert. Das, denke ich, ist die Botschaft der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Das ist unsere Botschaft. Das ist die Botschaft der Personalversammlung.

Ich bedanke mich für eure Aufmerksamkeit.

Frank Bsirske, Vorsitzender 
Gewerkschaft ver.di



Lothar Schröder (2. v.r.), Konzernbetriebsratsvorsitzender der Gesundheit Nord gGmbH, überbrachte der gemeinsamen Personalversammlung solidarische Grüße der Kolleginnen und Kollegen der kommunalen Krankenhäuser



Für erstklassige musikalische Unterstützung sorgte die Samba-Gruppe „Confusao“ am Eingang der Stadthalle vor der Personalversammlung und danach während des Demonstrationszuges zum Marktplatz



Kolleginnen und Kollegen der Bremer Kindertagesheime standen mit vielen Transparenten am Eingang zur Personalversammlung Spalier

Resolution einstimmig beschlossen!

Unmittelbar nach der Rede von Henning Scherf hatte Doris Hülsmeier die Stimmung im Saal auf den Punkt gebracht:

„Die Botschaft war deutlich. Es soll weiterhin Sonderopfer für die Beschäftigten in Bremen geben. Weiterhin sollen Einkommenskürzungen und Arbeitszeitverlängerungen für die Beschäftigten in Bremen gelten. Und da kann man das nicht richtig ernst nehmen und nicht richtig glauben, wenn der Bürgermeister sagt, dass er sich vor die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stellen will. Weil Wertschätzung und Anerkennung eben auch eine materielle Note haben.“

Edmund Mevissen drückte es in seinem Fazit zum Abschluss der Versammlung so aus: „Wir wollen, dass Henning Scherf nicht nur versucht, zu uns zu stehen, sondern er hat zu uns zu stehen. Und wir halten nichts von einem Fenster, sondern wir halten viel von einem Tarifvertrag, der für alle gleiche Arbeits- und Einkommensverhältnisse schafft.“ Schließlich gelte

auch für Bremen der Verfassungsauftrag, gleiche Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zu schaffen.

Weiter äußerte er die Erwartung, „dass wir in der Folge mit dem Senat ins Gespräch kommen. Den Eindruck von dieser Veranstaltung sollte der Senat erst auf sich wirken lassen und dann mit uns zu einem Gespräch kommen, in dem wir unsere Interessen unterbringen können.“

Die wichtigsten Forderungen der Beschäftigten wurden in einer Entschliebung (siehe rechte Seite) zusammengefasst, die verlesen und durch ungeteilte Beifallsbekundung einstimmig beschlossen wurde.

Zum Ausklang der Veranstaltung versammelte sich ein Großteil der TeilnehmerInnen vor der Stadthalle, um mit einem gemeinsamen Rückweg zu den Dienststellen, der über den Marktplatz führte, zusätzliche öffentliche Aufmerksamkeit für den Protest und die Anliegen der Beschäftigten zu gewinnen.

Burkhard Winsemann



Am Schluss der gemeinsamen Personalversammlung übergibt Edmund Mevissen die einstimmig beschlossene Resolution dem Präsidenten des Senats

Entschließung der gemeinsamen Personalversammlung

Jetzt reicht es!

Mit massivem Personalabbau und verordneten Einschnitten bei den Einkommen behandelt der bremische Senat uns Beschäftigte seit Jahren nur noch abschätzig als Kostenfaktor - damit muss Schluss sein!

Unsere guten öffentlichen Dienstleistungen sind unverzichtbar für ein lebenswertes Bremen - die gibt es nicht zum Nulltarif!

Wir Beschäftigten erwarten vom bremischen Senat, unserem Dienstherrn und Arbeitgeber, dass er uns Anerkennung und Wertschätzung für unsere Arbeit entgegenbringt und dies auch gegenüber der Öffentlichkeit vermittelt.

Wir Beschäftigten fordern deshalb und um die Gleichbehandlung der Beschäftigtengruppen herzustellen die Übernahme des Tarifvertrages öffentlicher Dienst auch für die Angestellten und die wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten. Wir fordern die Rücknahme der Streichungen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld und die Wiedereinführung der 38,5-Stundenwoche für alle.

Der seit Jahren betriebene dramatische Personalabbau ist bundesweit einmalig und hat zu Arbeitsverdichtung und zu erheblichen Einschnitten bei den Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger geführt. Wir fordern den Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen durch Neueinstellungen. Angesichts der Überalterung muss ausreichend Nachwuchs ausgebildet und übernommen werden. Altersteilzeit sollte diesem Ziel dienen. Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit ist der falsche Weg. Wir sind gegen Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten, die tarifliche und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse verdrängen.

Wir wenden uns gegen immer wieder aufkommende Drohungen mit betriebsbedingten Entlassungen.

Wir erwarten, dass die geltenden Verabredungen für die Sicherheit unserer Arbeitsplätze bestätigt werden.

Gute Arbeit erfordert angemessene Arbeitsbedingungen. Wir fordern eine bedarfsgerechte Personalausstattung sowie wirksame Maßnahmen zur Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz. Der massive Umbau des bremischen öffentlichen Dienstes und die Aufrechterhaltung eines hochwertigen Dienstleistungsangebotes erfordern gut geschultes Personal. Die zentrale Aus- und Fortbildung hat sich bewährt und ist auszubauen.

Die Bremische Landesverfassung gebietet die gleichberechtigte Mitbestimmung, um die Beschäftigteninteressen wirksam einbringen zu können und zu einer sachgerechten Aufgabewahrnehmung beizutragen. Dazu gehören auch ungeschmälerete Arbeitsmöglichkeiten für die Interessenvertretungen.

Mitbestimmung und die direkte Beteiligung der Beschäftigten sind in einer Zeit, in der vielfältige Umbrüche und Veränderungen in den Verwaltungen und Betrieben bewältigt werden müssen, besonders wichtig.

Die Privatisierungen haben zu einem unüberschaubaren Eigenleben, fehlender Steuerung sowie Verlust von Kontrolle und Einfluss des Parlaments geführt und kosten unnötiges Geld. Wir fordern eine kritische Überprüfung bisheriger und den Verzicht auf weitere Privatisierungen.

Wir sagen ganz deutlich: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind nicht schuld an der Haushaltsmisere!

Wir fordern den Senat auf, im Sinne von Einnahmeverbesserungen durch mehr Steuergerechtigkeit und -ehrlichkeit initiativ zu werden.

Gute öffentliche Dienstleistungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger haben ihren Preis!

Ämter morgen dicht

Aus Protest gegen die Sparbeschlüsse: Morgen ist Personalversammlung des Öffentlichen Dienstes

TAZ
27.6.2005

BREMEN taz ■ Morgen sind die Ämter dicht, auch Schulen und Kindergärten machen früher Schluss – es ist Personalversammlung. Alle 28.000 Beschäftigten sind eingeladen, los geht es in der Stadthalle um 9.30 Uhr. Einziges Thema: die Sparorgien des Senats und die Folgen für den Öffentlichen Dienst. „Gute öffentliche Dienstleistungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger haben ihren Preis“, steht im Aufruf zur Versammlung.

Gesamtpersonalratschef Edmund Mevissen, der mit rund 7.000 Teilnehmern rechnet, hofft auf Verständnis. Es gehe um den Qualitätserhalt öffentlicher Dienstleistung und darum, „dass die Lebensqualität in unserer Stadt nicht kaputtgespart

wird“, so Mevissen, dem einige Kritik entgegenschlug: „Unanständig“ sei es, die Versammlung vormittags und so „auf Kosten der Kinder abzuhalten, die sich nicht wehren können“, schimpfte die FDP, die von den Staatsdienern „mehr Anstand und Fingerspitzengefühl“ forderte.

Es sei das „gute Recht der Beschäftigten, sich innerhalb ihrer Dienstzeit zu versammeln“, erklärt Personalrat Mevissen und findet die Aufregung „nicht nachvollziehbar“. Wenn es um einzelne Bereiche wie Kitas gehe, spürten die Beschäftigten viel Unterstützung von den Bürgern, die beim öffentlichen Dienst im allgemeinen aber aufhöre – Mevissen: „Dieser Konflikt ist offensichtlich nicht aufzulösen.“ SGI

Eingeschränkter Dienstbetrieb

FDP-Kritik an Personalversammlung

KOMMENTAR

Wenig Verständnis

Heinz Holtgrebe

Weser Kurier
24.6.2005, S.7

Die armen Männer und Frauen, die am Dienstag den Notdienst in den Behörden versehen dürfen, wenn sich der öffentliche Dienst Bremens zu einer Personalversammlung trifft! Auf sie werden der ganze Ärger und die ganze Wut herniederprasseln. Wer extra für einen Behördengang frei genommen hat oder nicht zur Arbeit gehen kann, weil die Kinder vom Kindergarten ausgesperrt wurden, wird wenig bis kein Verständnis für die Staatsdiener haben.

Mögen die Sorgen und Nöte des öffentlichen Dienstes noch so begründet sein – sind sie es bei einer Versammlung am Nachmittag nach fast getaner Arbeit weniger? Oder hat der Gesamtpersonalrat Angst, dass er um 14 Uhr nur noch eine deutlich reduzierte

Zahl von Kolleginnen und Kollegen begrüßen könnte?

In allen Betrieben ist die Luft dünner geworden, viele Beschäftigte und Arbeitslose müssen sich nach der Decke strecken. Dann passt es nicht mehr in die Zeit, wenn der öffentliche Dienst und seine Funktionäre es sich erlauben, eine ganze Stadt einen Tag lang praktisch lahm zu legen.

Diejenigen, die die sichersten Arbeitsplätze überhaupt haben, gönnen sich auf Kosten derjenigen, die für die Kosten des öffentlichen Dienstes mit Steuern und Gebühren aufkommen, ein paar Stunden oder gleich einen ganzen Tag Auszeit. Das ist schlicht unanständig – selbst wenn es durch geltendes Recht gedeckt ist.

Notdienst in Kitas und Sozialzentren

BREMEN taz ■ Wegen der heutigen Personalversammlung im öffentlichen Dienst findet kein regulärer Betrieb in Kitas und Sozialzentren statt. Es gibt jedoch für alle Kinder der städtischen Kitas Notdienste. Die Telefonzentralen der Sozialzentren sind besetzt, für dringende Fälle gibt es Notdienste.

TAZ
28.6.05

WK 29.6.05

Pfeifkonzert für Henning Scherf

Regierungschef Zielscheibe der Kritik bei Personalversammlung im AWD-Dome

Von unserem Redakteur
Christian Dohle

BREMEN. Rund 11 000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes haben gestern in einer Personalversammlung im AWD-Dome gegen Gehaltskürzungen und Arbeitszeitverlängerung protestiert. Zielscheibe der Kritik war Bürgermeister Henning Scherf (SPD), dem ein gellendes Pfeifkonzert entgegen schallte. Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Edmund Mevissen, kündigte weitere Proteste an: „Wir sind nicht resigniert. Wir wehren uns.“

Bei der ersten Personalversammlung nach mehr als 20 Jahren in der bis auf wenige Plätze vollbesetzten ehemaligen Stadthalle warb Scherf – wenn auch vergeblich – um Verständnis für die Sparbeschlüsse der Großen Koalition. „Die Lage des Landes ist dramatisch, und wir sind darauf angewiesen, dass uns der Bund und die anderen Län-

der helfen.“ Angesichts dessen könne man sich keine „Extras“ leisten und müsse sich an den anderen Ländern orientieren. Immer wieder von Pfiffen und Zwischenrufen unterbrochen, reklamierte Scherf den Auftrag der Wähler für seine Sparpolitik. „Sie haben kein Mandat, das Wahlervotum von vor zwei Jahren zu korrigieren“, wies er einen Zwischenrufer zurecht. „Da überschätzen Sie sich.“

Edmund Mevissen warf Scherf seinerseits Wortbruch vor und verwies auf ein Gespräch mit dem Bürgermeister Anfang des Jahres. Scherf habe damals versichert, dass eine Verschlechterung des Personalvertretungsgesetzes mit ihm nicht zu machen sei. Und trotzdem habe der Senat im März genau das gemacht. „So macht man sich unglaubwürdig, Henning Scherf.“

Mevissen prangerte an, dass man in Bremen den Tarifvertrag des Bundes nicht übernommen und zudem die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung im Öffentlichen Dienst seit Jahren verschlechtert habe. Anders stünde es allerdings um die Investitionen. „Es erstaunt schon, wie leichtfertig die

von Senat vergeben werden.“ Das Musical-Theater nannte Mevissen, den Space-Park, die Geschäftsführer-Gehälter und – mit Blick auf die rund 10 000 Euro teure Abschiedsfeier von Brepark-Chef Peter Rienacker – „was man sich da sonst noch so leistet“. Mevissen: „Wir sind nicht die Spar-schweine des Landes.“

Ver.di-Chef Frank Bsirske räumte die finanzielle Zwangslage des Landes zwar ein, doch zwingt das nicht dazu, „nach der Pfeife der Kochs und Stobers zu tanzen“. Er machte die fehlenden Einnahmen für die Haushaltsnotlage verantwortlich und kreditete dem Senat eine Mitschuld an. Beispielsweise daran, dass die damalige schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin mit ihrem Vorstoß gescheitert sei, die Erbschaftsteuer zu erhöhen. „Da kann man schon mal fragen“, so Bsirske unter dem tosenden Beifall der 11 000 Beschäftigten, „wie Bremen sich verhalten hat.“ Kritik übte der Ver.di-Chef auch an den Plänen, die Arbeitszeit zu verlängern. „Das ist nicht mehr zu verantworten. Bei fünf Millionen Arbeitslosen kann man sich das nicht leisten.“

SER KUR

SZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Weser Kurier 29.6.2005, Titelseite



Massenversammlung des Öffentlichen Dienstes: Protest und Pfeifkonzert

Rund 11 000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes kamen gestern Morgen zur ersten Personalversammlung seit mehr als 20 Jahren in den AWD-Dome. Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Edmund Mevissen, kündigte dort weitere Proteste gegen die Sparpolitik der Koalition an. Mit einem Pfeifkonzert empfangen die Beschäftigten Bürgermeister Henning Scherf. (Bericht Seite 6) FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Weser-Report 29.6.2005

„Beeindruckende Resonanz“

11.000 kamen zur Personalversammlung des öffentlichen Dienstes

Mehr als ein Drittel der 28.000 bremischen Staatsdiener folgten gestern der Einladung zur Personalversammlung im AWD-Dome, wo eine gemeinsame Resolution verabschiedet wurde.

„Eine beeindruckende Resonanz“, nannte Gesamtpersonalratsvorsitzender Edmund Mevissen das große Interesse, auf das die Veranstaltung bei den Arbeitnehmern stieß. Die Stimmung sei sehr

solidarisch gewesen. Für Unmut sorgte die Rede Henning Scherfs, denn der setzte sich laut Mevissen nicht mit den angesprochenen Themen auseinander, sondern gab eher Allgemeinplätze von sich.

„Jetzt reicht es!“ ist die gestern verabschiedete Resolution überschrieben – ein Titel, der laut Mevissen die Stimmung unter den Beschäftigten gut wiedergibt. Bei der Resolution gehe es nicht nur um die Beschäftigten, sondern auch um ihre

Aufgabe, gute öffentliche Dienstleistungen zu erbringen. In dem Papier fordert die Personalversammlung unter anderem die Rücknahme der Streichungen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie die Wiedereinführung der 38,5-Stunden-Woche. Die Arbeitsplätze, so eine weitere Forderung, sollen durch Neueinstellungen erhalten und ausgebaut werden. Bisherige Privatisierungen sollen kritisch überprüft, auf weitere soll verzichtet werden. (bk)

BN 29.6.05

Staatsdiener kündigen Widerstand an: „Wir wehren uns“

Personalversammlung mit 11 000 Beschäftigten im AWD-Dome / Pfiße für Bürgermeister Scherf, Beifall für ver.di-Chef Bsirske

DIEWELT

Scherf verteidigt den Sparkurs gegen Proteste

Bremen - Gegen den scharfen Protest tausender Beschäftigter des öffentlichen Dienstes hat Bremens Regierungschef Henning Scherf (SPD) den Sparkurs seiner Regierung verteidigt. In einer immer wieder von gellenden Pfeifkonzerten unterbrochenen Rede vor der Personalversammlung der Beschäftigten des Landes und der Stadt wies der Politiker am Dienstag auf die Haushaltsprobleme Bremens hin: "Die Lage dieses kleinen Landes ist dramatisch und extrem schwierig." Die Beschäftigten verlangten dagegen ein Ende der Einsparungen im öffentlichen Dienst.

Nach Angaben des Gesamtpersonalrats füllten rund 11 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte den AWD-Dome. Zur Teilnahme aufgerufen waren rund 28 000 Mitarbeiter. Viele Ämter und Behörden blieben geschlossen oder boten nur Notdienst.

Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Edmund Mevissen, forderte eine Abkehr vom Sparkurs: "Jetzt reicht's. Wir sind nicht die Sparschweine des Landes." Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hätten ihren Beitrag zur Haushaltssanierung bereits übererfüllt. In den vergangenen zehn Jahren seien rund 5700 Arbeitsplätze in der Verwaltung vernichtet worden. Bremen habe inzwischen die niedrigste Personalausgabenquote aller Länder. Die Folge seien schlechtere Dienstleistungen für die Bürger, ein wachsender Arbeitsdruck für die Beschäftigten und eine Überalterung des öffentlichen Dienstes.

Scherf wies darauf hin, daß Bremen sich nicht aus eigener Kraft aus seiner "extremen Haushaltsnotlage" befreien könne und dazu auf die Hilfe der anderen Bundesländer angewiesen sei. *mi (opa)*

Artikel erschienen am Mit, 29. Juni 2005

Von unserem Redakteur Christian Dohle

BREMEN. Beifall für ver.di-Chef Frank Bsirske, gellende Pfiße für Bürgermeister Henning Scherf (SPD). Etwa 11 000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes haben gestern in ihrer ersten Personalversammlung seit mehr als 20 Jahren in der Stadthalle gegen die Sparbeschlüsse der Großen Koalition protestiert. Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Edmund Mevissen, kündigte dabei unter dem Applaus der Beschäftigten weitere Protestaktionen an: „Wir sind nicht resigniert. Wir wehren uns.“ Er prangerte an, dass der Senat die Arbeitsbedingungen seit Jahren verschlechtert und die Löhne gekürzt habe. Bürgermeister Henning Scherf warf der Wortbruch vor. Der Regierungschef hat noch Anfang des Jahres versprochen, dass das Personalvertretungsgesetz nicht verschlechtert werde – und dann habe der Senat genau das gemacht.

Scherf warb zwar um Verständnis für die Sparpolitik, wurde aber immer wieder von Zwischenrufen und Pfißen unterbrochen. „Die Lage des Landes ist dramatisch“, betonte Scherf, „wir sind darauf angewiesen, dass der Bund und die Länder uns helfen.“ Und von denen werde genau darauf geachtet, was Bremens eigener Beitrag zur Sanierung sei.

Bsirske räumt die schwierige Haushaltslage zwar ein, zeigte aber kein Verständnis für die Kürzungen im Öffentlichen Dienst. „Das ist nicht zu verantworten.“

Hamburger Abendblatt
29.06.2005

Proteste legen Bremen lahm

Bremen – Tausende Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Bremen haben gestern gegen den Sparkurs der großen Koalition von CDU und SPD protestiert und damit das öffentliche Leben nahezu lahmgelegt. Laut Gesamtpersonalrat nahmen an der Personalversammlung 11 000 Mitarbeiter teil. Regierungschef Henning Scherf (SPD) verteidigte die Sparmaßnahmen. „Die Lage des kleinen Landes ist dramatisch“, sagte er unter gellenden Pfißen. Wegen der Veranstaltung blieben viele Ämter und Behörden geschlossen oder boten, wie Schulen oder Kindergärten, nur einen Notdienst. Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste arbeiteten weiter. (dpa)

Beschimpft, bedroht und ausgepiffen

Beschäftigte im öffentlichen Dienst gehen mit der Sparpolitik der Großen Koalition und vor allem dem Regierungschef hart ins Gericht. Sie fordern das Ende der Einsparungen und einen einheitlichen Tarifvertrag für alle Bundesländer



11.000 Menschen zeigten, was sie von ihrem obersten Dienstherrn halten

Dienst“, sagt der Bürgermeister – der zweite Teil seines Satzes geht im schallenden Gelächter des Publikums unter. Nach wenigen Minuten geht Scherf unter Pfißen wieder an seinen Platz, lehnt sich zurück und lauscht der Rede von Frank Bsirske, der es weitgehend vermeidet, die Bremer Regierung anzugreifen. Aber dass beim Personal gespart worden und es trotzdem nicht gelungen sei, den Haushalt zu sanieren – das kritisiert der Gewerkschaftsführer dann doch.

Ingo Neuhaus will das nicht mehr mit anhören. „Was Scherf gesagt hat, war der letzte Müll“, sagt der Sozialpädagoge, der in einem Kindergartensheim arbeitet. Nach 14 Jahren weiß er nicht, wo er nach den Sommerferien arbeiten wird. „Leute mit Zeittverträgen sind schon weg“, sagt Neuhaus. Streiks seien das richtige Mittel, von Personalversammlungen hält der 39-jährige nicht viel, er will nur Präsenz zeigen.

Und Henning Scherf? Gibt ein Interview, allerdings mit regionalen Fenstern – spricht: Bremen will eine Sonderregelung unter den Bundesländern, um weniger zahlen zu müssen. Und später sagt er, dass er ja nicht in der Verhandlungskommission sei. Scherfs einziger Versuch, auf die Protestierenden zuzugehen, scheitert jämmerlich. „Ich stelle mich vor den öffentlichen

Scherf und will etwas über die „schlimme Haushaltslage“ erzählen, in der Bremen steckt. „Komm zur Sache“, ruft einer. „Hau doch ab“, eine andere. Einige Beschäftigte lassen ein Transparent mit Luftballons über dem Bürgermeister aufsteigen. „Weiter so Herr Scherf! Erst den öffentlichen Dienst plätten, dann selbst in sichere Rente retten“, steht darauf. Der Bürgermeister

redet weiter. Er sei für den Tarifvertrag, allerdings mit regionalen Fenstern – spricht: Bremen will eine Sonderregelung unter den Bundesländern, um weniger zahlen zu müssen. Und später sagt er, dass er ja nicht in der Verhandlungskommission sei. Scherfs einziger Versuch, auf die Protestierenden zuzugehen, scheitert jämmerlich. „Ich stelle mich vor den öffentlichen

BREMEN toz ■ Gellende Pfiße hallen durch den AWD-Dome: ein unfreundlicher Empfang für Bürgermeister Henning Scherf (SPD) auf der ersten Personalversammlung des gesamten bremischen öffentlichen Dienstes seit Jahrzehnten. Rund 11.000 Mitarbeiter machen gestern ihrem Unmut über die Kürzungen im öffentlichen Sektor Luft – unter dem Motto „Jetzt reicht's“. Auf Transparenten fordern die Gewerkschaften Neu-Einstellungen. Die Kindergärtnerinnen haben ein Modell gebastelt, auf dem die Stadtmusikanten in umgekehrter Reihenfolge stehen – der Esel ganz oben.

Der Esel des Tages heißt Henning Scherf. Er sitzt in der ersten Reihe, neben ihm Frank Bsirske, Bundesvorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. Die beiden wechseln nicht viele Worte, denn die werden Scherf von den Personalräten an den Kopf geworfen. Einer nach dem anderen erklimmt das Rednerpult und präsentiert austauschbare Botschaften. Sichere Arbeitsplätze fordern sie, Fortbildungen und einen einheitlichen Tarifvertrag, der für alle Berufsgruppen und Bundesländer gelten soll. In Bund und Kommunen sei auch ein einheitlicher Abschluss erzielt worden. Scherf stützt den Kopf schwer

„Ich stelle mich vor den öffentlichen Dienst“, sagt Scherf und wird ausgelacht

Bürgermeister. Die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes hätten nicht das Mandat, den Wählern willens von vor zwei Jahren zu korrigieren. Gellende Pfiße. „Das ist die Wahrheit, ich verstehe nicht, was es zu pfeifen gibt“, ruft

11 000 Beschäftigte gegen den Regierungschef

Personalversammlung des Landes: Henning Scherf wird ausgebuht – Bsirske fordert Übernahme des Tarifvertrags

Bremen (khl). Über drei Stunden, die eher renitent als verbündet: Bei der Personalversammlung für die Beschäftigten des Landes und der Stadt Bremen hat Regierungschef Dr. Henning Scherf (SPD) gestern eine starre Haltung eingenommen und massenhafte Bu- und Pfui-Rufe provoziert.

Der einst Stadthalle genannte AWD-Dome an der Bürgerweide war gefüllt, wie es sich andere Veranstaltungsorte wünschen: Rund 11 000 Teilnehmer – so die Schätzung des Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats (GPR), Edmund Mevissen – waren gekommen. In einer am Ende per Befallabstimmung verabschiedeten Entscheidung wehrten sie sich dagegen,



Verdi-Chef Frank Bsirske: Nicht nach der Pfeife von Koch und Stoiber tanzen. Foto: dpa



Regierungschef Henning Scherf: Die Lage dieses kleinen Landes ist dramatisch. Foto: nz

dass „der Senat uns Beschäftigte seit Jahren nur noch abschtzig als Kostenfaktor behandelt“. Gute Dienstleistungen, so Mevissen, hätten eben ihren Preis. Scherf hatte längst die Versamm-

lung gegen sich, bevor er überhaupt ans Rednerpult trat. Sein Weg dorthin wurde mit Pfißen begleitet. Der Einstieg in seine kurze Rede – „die Lage dieses kleinen Landes ist dramatisch“ – löste Proteste aus, die Scherf nur noch mühsam mit Fassung ertrug und in scharfen Ton konterte: „Sie haben hier ein Mandat, Ihre Interessen zu vertreten. Sie haben aber kein Mandat, das Wählervotum von vor zwei Jahren zu verfälschen.“ Damit leitete er über zu der seiner Ansicht nach unabdingbaren Notwendigkeit, jede sich bietende Chance zur Kostensenkung im Land Bremen zu nutzen. Anders könne der Senat mit seiner angekündigten Klage vor dem Bundesverfassungsgericht um eine bessere Behandlung im Fi-

nanzgleich nicht erfolgreich sein. Weniger kurz angebunden und deutlich freundlicher begrüßt, entgegnete Verdi-Bundeschef Frank Bsirske, dass es richtig sei, dass das Land auf Hilfe von außen angewiesen sei. Aber dass es dazu „nach der Pfeife der Kochs und Stoibers tanzen muss“, sei falsch. Er machte sich dafür stark, dass die Länder den vor fünf Monaten zwischen Gewerkschaften, Bund und Kommunen geschlossenen neuen Tarifvertrag übernehmen sollten. Arbeitszeiterweiterungen und Lohnkürzungen gefährdeten nur Arbeitsplätze, warnte er. Es sei verheerend, auf welche Einnahmen der Staat durch eine verheißte Steu-

Nordsee Zeitung
29.6.2005

TAZ v. 28.6.05

